

Forschung und Lehre dürfen nur friedlichen Zwecken dienen, heißt es in der so genannten Zivilklausel der Universität. Nun sorgt eine geplante Ringvorlesung für Streit (wir berichteten am 20. September).

Folter und Mord

Was nicht erwähnt wird: Die Uni Tübingen liefert Komponenten für „µDrones“ (www.ist-microdrones.org), Überwachungsdrohnen für Militär und Polizei – trotz Zivilklausel. Zu deren Entwicklung wurde an Ratten geforscht. Auch die im Artikel genannten Forschungen zu Lärmtraumata wurden am Tiermodell (Meerschweinchen) vollzogen.

Der Bereich der Wehrforschung steht im Allgemeinen unter Geheimhaltung – man weiß also nicht, was noch alles im Auftrag der Bundeswehr passiert. Ende 2008 war bekannt geworden, dass die Bundeswehr seit 2004 Tausende Tierversuche durchführen lässt, um Auswirkungen von biologischen und chemischen Waffen zu erforschen.

Dabei starben bis zu diesem Zeitpunkt mindestens 3300 Tiere, darunter 18 Affen. Abgeschirmt von der Öffentlichkeit geht inmitten unserer sich kultiviert nennenden Gesellschaft, wie es Horkheimer und Adorno ausgedrückt haben, „verkannt als bloßes Exemplar“ Versuchstier nach Versuchstier „durch die Passion des Laboratoriums“. In Tübingen werden nicht nur an gleich drei Instituten ähnliche Versuche mit Affen durchgeführt, wie sie bereits in München, Berlin und Bremen nicht mehr erlaubt wurden; die „Datenbank Tierversuche“ findet unter der Stichwortsuche „Tübingen“ 189 Publikationen über Studien, zu deren Durchführung an Tieren experimentiert wurde.

Was hinter den verschlossenen Türen Tübinger Institute geschieht, würde, geschähe es beim Menschen, Folter und Mord genannt werden; und ganz offen werden Personen, die (...) für Folter und Mord in weltweitem Maßstab verantwortlich sind, von der Universität Tübingen hofiert. Wir fordern: Kriegstreiber und Tierquälter raus aus den Unis!

Matthias Rude für die Antispeziesistische Aktion Tübingen, Tübingen, Waldhäuser Straße 40

Leserbriefe

24. September 2011

Fern jeder Realität

Uns ist klar, dass die Welt nicht so ist, wie wir sie gerne hätten. Junge Menschen, die einen Studiengang ergreifen, der „Friedensforschung“ heißt, sind bereits per Definition keine Kriegstreiber und Waffenfanatiker. Aber nur, weil es uns lieber wäre, wenn eben diese Welt friedlich und waffenfrei wäre, heißt es nicht, dass wir uns der Realität verschließen können, anderslautende Meinungen einfach ignorieren und aus dem Politikstudium ausschließen können.

Nur mit Wissen und den fundierten Argumenten ausgestattet, die es zudem schlagkräftig zu präsentieren gilt, besteht eine Hoffnung, dass sich in Zukunft etwas ändern wird im Streben nach Frieden. Und wie könnten diese Argumente besser geformt, probiert und auch vertreten werden, als in einem Universitätsseminar, das den direkten Kontakt mit einem Vertreter dieser ungeliebten, aber allgegenwärtigen Position ermöglicht? Die Zivilklausel hat ohne Frage ihre Berechtigung – über ihre Auslegung lässt sich jedoch diskutieren.

Wir danken Herrn Nielebock, dass er uns als unser Lehrender die Möglichkeit gibt, uns mit den für diese Welt und ihre Geschehnisse relevanten Inhalten auseinanderzusetzen. Gleichzeitig traut er uns zu, dass wir selbst abwägen und entscheiden können – nur so werden wir zu unabhängigen und mündigen Menschen. Das Ziel des Friedens hat er dabei nie aus den Augen verloren – neutral ist er damit nicht, wobei wir bei der einzigen Wahrheit des Artikels angekommen wären – sondern ist vielmehr dem realistisch anwendbaren Pazifismus stets positiv verpflichtet. Ihn als Kriegstreiber zu bezeichnen halten wir für absurd und fern jeder Realität.

Lisa Weiss, Tübingen,
Derendinger Straße 105

Nicht hinnehmbar

(...) Wir sind eingeschriebene Studierende im Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik“ und Teilnehmende an dem von Ihnen genannten Seminar zur „Internationalen Krisendiplomatie“, das von Herrn Ischinger und Herrn Nielebock im Sommersemester geleitet wurde. Die Argumentation von Herrn Dietrich Schulze, der den Seminarteilnehmern die Fähigkeit zu einer eigenständigen Meinungsbildung abspricht, (wie anders sollte sonst das „Trimmen“ auf die Linie der „neudeutsch-zivilmilitärischen Außenpolitik“ möglich sein?), ist für uns nicht nachvollziehbar und schon gar nicht hinnehmbar.

Noch schwerer wiegt für uns aber, dass der Dialog mit Vertretern divergierender Meinungen anscheinend nicht mehr als Mittel der kritischen Auseinandersetzung akzeptiert ist. Das Ziel der Zivilklausel ist, dass „Lehre, Forschung und Studium an der Universität friedlichen Zwecken dienen sollen“. Wir sind überzeugt, dass für die Verwirklichung dieses Zieles die Kenntnis der real existierenden Strukturen und Ordnungen in der Politik essenziell ist, denn nur so können Schwachstellen in der Argumentation beispielsweise der Militärs aufgedeckt und bestehende Muster dekonstruiert werden. So wird Platz geschaffen für neue Ideen und alternative Modelle. Das Ausschließen von nicht erwünschten Meinungen hingegen ist unserer Auffassung nach nicht zielführend (...)

Dies hat auch unser Dozent Herr Nielebock verstanden, und wir sind ihm dankbar, dass er uns durch dieses Seminar und auch in Zukunft durch die Ringvorlesung die Möglichkeit eröffnet, mit außenpolitischen Akteuren und Denkmustern konfrontiert zu sein, zu denen wir sonst keinen Zugang hätten. Dass Friedensaktivisten ihm nun die Neutralität absprechen, empfinden wir in höchstem Maße als unangemessen. (...)

Svenja Vollmer, Tübingen,
Vöchtingstraße 20, Carolin Echt,
Jerome Kuchejda, Judith Kron,
Maren Baisch, Patryk Grudzinski

4. Oktober 2011

Ein offener Brief als Antwort auf den „Sprachrohr“-Beitrag einer Gruppe von Studierenden zur Zivilklausel (24. September).

Ich bleibe dabei

Liebe Studierende, ich habe nicht gesagt, dass Sie sich trimmen lassen, sondern dass Sie auf die „neudeutsch-zivilmilitärische Außenpolitik“ getrimmt werden“ sollen.

Hochschullehrer einer öffentlichen Bildungseinrichtung sollen meiner Ansicht nach Vorbilder in Sachen Frieden und Demokratie sein. Herr Ischinger hat sich erst kürzlich für den weiteren Ausbau der EU-Kriegsführungsfähigkeiten nach US-Vorbild und für die Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgesprochen. Das ist kriegsfördernd und demokratiewidrig und widerspricht der Zivilklausel fundamental.

Wenn Ihre Hochschullehrer solche Meinungen als Zitate zur Verfügung stellen, um Ihr kritisches Denken zu fördern, so ist dagegen überhaupt nichts einzuwenden. Herr Ischinger aber zum Honorarprofessor zu bestellen, ist nicht hinnehmbar. Ich bleibe dabei, dass diese Honorarprofessur beendet werden muss, weil sie ein Beitrag zur Militarisation der Universität ist, anstelle eines Beitrags zum Frieden.

Nur mit fundierten Argumenten besteht Hoffnung, dass sich zukünftig etwas ändern wird im Streben nach Frieden. Wie könnten diese besser geformt und zu vertreten gelernt werden, als in einem Seminar, das den direkten Austausch mit einem Fürsprecher der ungeliebten Positionen ermöglicht? Die Zivilklausel hat ohne Frage ihre Berechtigung – über ihre Auslegung lässt sich jedoch diskutieren. (...)

Dietrich Schulze, Karlsruhe,
Winterstraße 27

Hier nochmal eine Postion von Studierenden zur Ringvorlesung über die Zivilklausel.

Keine Kriegstreiber

Ein Universitätsstudium soll nicht nur fachlich auf den Beruf vorbereiten, sondern auch dazu befähigen, sich kritisch mit Inhalten auseinanderzusetzen. Masterstudenten – die Zielgruppe des kritisierten Seminars – haben bereits drei Jahre Studium, Praktika und teilweise sogar Berufserfahrung hinter sich. Nach ihrem Abschluss werden sie in verschiedensten Bereichen Führungspositionen übernehmen, wobei erwartet wird, dass sie Verantwortung tragen, Entscheidungen treffen und sich behaupten können.

In der aktuellen Diskussion unterstellt man ihnen nun, nicht in der Lage zu sein, Themen kritisch zu hinterfragen, und will ihnen zudem die Chance nehmen, sich im geschützten Rahmen der Universität mit unangenehmen Realitäten auseinanderzusetzen. Menschen, die den Studiengang „Friedensforschung“ ergreifen, sind bereits per Definition keine Kriegstreiber. Aber nur, weil uns eine friedliche Welt lieber wäre, heißt es nicht, dass wir uns Tatsachen verschließen und anderslautende Meinungen ignorieren können.

Nur mit fundierten Argumenten besteht Hoffnung, dass sich zukünftig etwas ändern wird im Streben nach Frieden. Wie könnten diese besser geformt und zu vertreten gelernt werden, als in einem Seminar, das den direkten Austausch mit einem Fürsprecher der ungeliebten Positionen ermöglicht? Die Zivilklausel hat ohne Frage ihre Berechtigung – über ihre Auslegung lässt sich jedoch diskutieren. (...)

Verena Fürgut und Lisa Weiss,
Masterstudentinnen Friedensforschung und Internationale Politik,
Tübingen, Derendinger Straße 105